

# Kreditfinanzierung wird enttabuisiert

Interview mit Akteur\_innen der Volksinitiative ‚Schuldenbremse streichen‘

**hlz:** *Zunächst einmal unsere Hochachtung gegenüber eurem Engagement, dass ihr trotz vieler skeptischer Stimmen den ersten Schritt der Volksinitiative „Schuldenbremse streichen“ erfolgreich gemacht habt. Das hat Eindruck gemacht und nicht zuletzt auch im Landesvorstand der GEW zu einem Umdenken geführt, was die breite Zustimmung zu eurem weiteren Vorgehen erklärt (s. hlz 6-7/2020, S. 17). Nichtsdestotrotz gibt es kritische Fragen:*

*Ihr steht ja jetzt, nachdem ihr den ersten Schritt durch das Sammeln von 13 000 Unterschriften erfolgreich gemacht habt, vor der zweiten Stufe, dem Volksbegehren, für das ihr 65 000 Unterschriften braucht. Der Senat hatte die Verfassungsmä-*

*zu streichen, gerichtlich zu kippen. Die Implementierung der Schuldenbremse selbst steht den im Grundgesetz festgehaltenen Grundrechten entgegen. Auch formal halten wir die Argumente des Senats, die die Schuldenbremse verteidigen sollen, für sehr dünn.*

Anfang Juni haben wir eine schriftliche Stellungnahme beim Gericht eingereicht, in der wir die Ausführungen des Senats widerlegen. Sie ist – neben der Klage des rot-grünen Senats – für Interessierte auf der Seite [www.schuldenbremse-streichen.de/gesetzestext](http://www.schuldenbremse-streichen.de/gesetzestext) dokumentiert.

Wann das Gericht entscheidet, ist noch nicht klar. Daher empfehlen wir, sich auf unserer Homepage in den Newsletter einzutragen, um darüber infor-

*demie herrschenden restriktiven Haushaltspolitik, auf die sich eure Initiative bezieht, ja nachhaltig verändert. Die Politik hat anders als vielleicht erwartet auf die Pandemie reagiert. Sie hat das Primat der Politik entgegen den sonst üblichen ins Feld geführten systemimmanenten Sachzwängen, die ihr Handeln als quasi naturgesetzliche Anforderung legitimieren, wahrgenommen. Dies gilt insbesondere – die Zahlen sind bekannt – in Bezug auf die Schuldenaufnahme. Es wird also nicht einfacher, die Menschen auf der Straße von eurem Vorhaben zu überzeugen. Wie wollt ihr solchen Argumenten begegnen?*

**Florian Muhl:** Die Investitionspakete als Reaktion auf die Pandemie zu verkaufen, soll verschleiern, dass sie im Zuge der mit durch die Schwarze-Null-Politik verursachten Rezession ohnehin nötig waren – auch, um die Konzerne zu retten. Staatliche Investitionen sollen so als Ausnahme dargestellt werden. Eine Abkehr von der Sachzwang-Logik stellen die aktuellen Investitionen jedoch nicht dar, denn die Schuldenbremse ist nicht aufgehoben, sondern es greift nur die in ihrem Rahmen mögliche Ausnahmeregelung für den Katastrophenfall. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen, unter denen diese Ausgaben getätigt werden, sind dieselben – wenn wir die nicht ändern, werden auf die großzügige Verausgabung von öffentlichen Mitteln drastische Kürzungsmaßnahmen folgen.

Die Schuldenbremsen-Ideologie schlägt sich auch darin nieder, wie investiert wird. Der massive Investitionsstau auf

Fotos: Tobias Berking



Die Initiatoren der Volksinitiative

*bigkeit eures Vorhabens vor dem Hamburger Verfassungsgericht überprüfen wollen. Wie ist der Stand der Dinge?*

**Lena Greve:** Der Senat versucht wie bereits beim Volksbegehren gegen den Pflagenotstand das höchst verfassungsgemäße Anliegen, die Schuldenbremse

miert zu werden, wann wir in die nächste Sammelphase gehen. Denn dann geht es um die Sammlung von ca. 65.000 Unterschriften innerhalb von drei Wochen. Also sind alle gefragt mitzusammeln.

**hlz:** *Corona hat die Rahmenbedingungen der vor der Pan-*

## Was ist das Ziel der Volksinitiative:

Die Streichung der Regelungen zur „Schuldenbremse“ aus der Hamburgischen Verfassung. Damit soll aus Hamburg dazu beigetragen werden, dass diese Regelung auch aus dem Grundgesetz und den europäischen Verträgen gestrichen wird. So soll die Möglichkeit geschaffen werden für die dringend nötigen Investitionen in mehr Kita-Plätze, sanierte Schulen und Hochschulen, menschenfreundliche Gesundheitsversorgung, allen zugängliche Kultureinrichtungen, flächendeckend kostengünstigen ÖPNV, höhere Löhne, solidarische Mindestsicherungen und Hilfsangebote, bürgerfreundliche öffentliche Dienste, sozialen Wohnungsbau etc.

## Was genau ist die „Schuldenbremse“?

Die sogenannte Schuldenbremse schränkt die Investitionstätigkeit des Staates (Bund, Länder und Kommunen) massiv ein. Sie verbietet, bedarfsorientiert für sinnvolle Ausgaben Kredite aufzunehmen und verpflichtet dazu, jegliche Einnahmen zuallererst in die Tilgung von Altschulden, also die Bedienung der Banken, zu stecken. Sie schränkt damit auch demokratische Gestaltungsspielräume drastisch ein. Ihre volkswirtschaftliche Unsinnigkeit ist wissenschaftlich hinlänglich erwiesen. International wird die BRD für das Festhalten an dieser zukunftsblinden Politik scharf kritisiert. In Hamburg gilt sie faktisch seit 2013. Seither durften die Budgets sämtlicher öffentlich finanzierten Einrichtungen jährlich um nicht mehr als 0,88 Prozent wachsen – bei Inflation und Tarifsteigerungen von ca. 2,5 Prozent eine ständige Verschärfung der Unterfinanzierung – also Personalknappheit, Arbeitsverdichtung und Stress.

## Wie funktioniert der Volksentscheid?

Nach der erfolgreichen Volksinitiative müssen in der 2. Phase, dem Volksbegehren, innerhalb von 3 Wochen ca. 65.000 Hamburger\_innen unterschreiben. Wenn dies gelingt, kann es zum Volksentscheid (3. Phase) kommen, in dem per Wahl 2/3 der Abstimmenden für die Streichung der Schuldenbremse stimmen müssen, damit die Verfassung geändert wird.

## Wann?

Der Sammelzeitraum für das offizielle Unterschreiben des Volksbegehrens beginnt voraussichtlich Ende 2021. Sobald der genaue Zeitraum feststeht, wird er auf der Homepage prominent zu finden sein. Drei Wochen vor dem Sammelzeitraum wird die Möglichkeit bestehen, sich online eine Liste auszudrucken, eigenhändig einzeln zu unterzeichnen und sie per Post, quasi als Briefwahlstimme, abzuschicken.

## Wo?

Im offiziellen Sammelzeitraum wird es feste Sammelstellen in der Stadt verteilt geben, an denen vor Ort unterschrieben werden kann. Die Orte werden rechtzeitig vor Beginn auf der Homepage in einer Karte verzeichnet sein. Außerdem wird in jedem Bezirksamt Hamburgs die Möglichkeit bestehen, zu unterschreiben. Darüber hinaus werden wir im Zeitraum mit Infotischen in allen Stadtteilen unterwegs sein, damit man auch „mobil“ unterschreiben kann.

## Wer kann unterschreiben?

Gezählt werden können nur die Unterschriften von in Hamburg wahlberechtigten Personen, also allen, die über 16 Jahre alt und deutscher Staatsangehörigkeit sind und ihre Meldeanschrift seit mindestens 3 Monaten in Hamburg haben.

## Weitere Infos:

Weitere geplante Aktionen, Kampagnenmaterial sowie Hintergrundinformationen, Publikationen, Videos, weitere Erläuterungen sowie eine Spendenmöglichkeit sind stets auf der Homepage zu finden: [www.schuldenbremse-streichen.de](http://www.schuldenbremse-streichen.de)

kommunaler Ebene ist durch die jüngsten Ausgaben keineswegs behoben worden, sondern prägt die Lebensbedingungen vieler Menschen in diesem Land negativ. Die Lufthansa wurde geret-

tet, ohne dass die Erhaltung von Arbeitsplätzen zur Bedingung gemacht wurde. Eine wirkliche Kurskorrektur weg von der Konzernbedienung hin zu produktiver Entwicklung würde dagegen

bedeuten, gerade in Einrichtungen des Gemeinwesens wie Schulen und Kultureinrichtungen massiv zu investieren.

Einen unfreiwilligen Gefallen hat uns die Regierung jedoch

getan: Kreditfinanzierung wird enttabuisiert. Die Erzählung, es sei „kein Geld da“, verliert ihre Glaubwürdigkeit weiter - ähnlich wie bereits im Zuge der Bankenrettung vor gut zehn Jahren. Insofern ist es unserem Eindruck nach sogar einfacher geworden, Menschen davon zu überzeugen, dass Schuldenaufnahme nichts Verwerfliches ist, sondern einen sehr sinnvollen Beitrag zu qualitativem Wachstum leisten kann.

**hlz:** Richtig ist, dass der Bundesfinanzminister noch vor wenigen Tagen die Marschrichtung ausgegeben hat, dass man spätestens 2022 zu einem ausgeglichenen Haushalt zurückkommen wolle, bei dem der Schuldenabbau eine wichtige Rolle einnehmen müsse. Im O-Ton: Zurück zu einer soliden Haushaltsführung! Aber ist dies angesichts des völlig offenen Ausgangs der Bundestagswahlen und der noch zu erwartenden Verwerfungen innerhalb der EU überhaupt ernst zu nehmen oder mehr ein Sandkastenspiel?

**Lena Greve:** Das, was Scholz als „solide Haushaltsführung“ bezeichnet, ist eine Kampfansage an die Mehrheit der Menschen und geht letztlich auf Kosten der kommenden Generationen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Schuldenabbau mit einem Abbau der öffentlich unterhaltenen sozialen Infrastruktur einhergeht.

Ob das schädliche Primat der „Haushaltsdisziplin“ uns alle weiterhin einschränkt oder nicht, hängt von uns als organisierter Zivilgesellschaft ab. Um die Schuldenbremse (besser früher als später) nicht nur aus der Hamburgischen Verfassung, sondern auch aus dem Grundgesetz zu streichen, müssen zwei Drittel der Mitglieder des Bundestags zustimmen. Ob sie das auch tun, wird vor allem davon abhängen, wie lautstark wir in außerparlamentarischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften ein

menschenwürdiges Leben für alle einfordern. Wir wollen jetzt ein wesentlich bedarfsgerechter finanziertes Gesundheitswesen, Zugang zu Bildung für alle und bessere, demokratisierte Arbeitsbedingungen erstreiten!

Insofern wird unser Erfolg weniger durch die Bundestagswahlen bedingt. Andersherum ist aber eine nachhaltig gemeinwohlorientierte Politik (anstelle des „haushaltsdisziplinierten“ Kaputtsparens gesellschaftlicher Perspektive) der entscheidende Faktor dafür, rechtsextremen Rattenfängern das Wasser abzugraben.

Von einer sozialeren Politik in der Bundesrepublik hängt auch ab, welche Verwerfungen wir innerhalb der EU zu erwarten haben. Die Austeritätspolitik, die Deutschland vermittelt über EU-Gremien bisher unter anderem Griechenland, Spanien und Italien aufgezwungen hat, bewirkte dort Verheerungen wie Massenarbeitslosigkeit und eine völlig zusammenbrechende Gesundheitsversorgung. Ihre Beendigung ist die oberste Voraussetzung für ein solidarisches Europa.

**hlz:** Auf eurer Veranstaltung im Juli im Völkerkundemuseum unter Corona-Bedingungen,

auf der der Verdi-Chefökonom Dierk Hierschel euer Vorhaben begrüßte, schwang allerdings auch eine Portion Skepsis mit. Was entgegnet ihr den Skeptikern, die den Hamburger Haushalt für weit weniger restriktiv halten als vordergründig angenommen. Hierschel sprach explizit von den Schattenhaushalten beispielsweise im Schulbau. Dort werden zurzeit Milliarden investiert. Aber nicht direkt über Schuldenaufnahme, sondern – auch wenn zu erwarten ist, dass das teuer wird – durch private Investoren, von denen später die Immobilien gemietet werden. Den Italienern warf man früher in diesem Zusammenhang vor, sie betrieben kreative Buchführung. Also, auch hier die Frage: Schuldenbremse, – ist die angesichts solcher Praktiken nicht längst passé?

**Florian Muhl:** Nein, im Gegenteil. Die Regeln rund um die sogenannte Schuldenbremse führen ja durch die „Fesselung“ der öffentlichen Hand zu den angesprochenen Privatisierungen und erzwingen geradezu, dass private Investoren die Rolle der öffentlichen Hand übernehmen. Die daraus entstehenden Schattenhaushalte und Private-Public-Partnerships sind für die Allge-



Die Aktivist\_innen in Aktion im September 2019

meinheit teurer, intransparent (es gilt das Geschäftsgeheimnis!) und für die Nutzer\_innen vor Ort unpraktischer – zum Beispiel, weil es in gemieteten Gebäuden keine Haustechnik gibt, so dass externe Dienstleister für Reparaturen hinzugezogen werden müssen. [Siehe dazu auch den GEW-Privatisierungsreport 3, S. 39 ff; anfordern über die GEW-Geschäftsstelle – die Red.]

Die undemokratischen Schatzenhaushalte zeigen die Dysfunktionalität der Schuldenbremse auf. Selbst ihre vehementesten Verfechter\_innen könnten sie nicht einhalten, wenn sie wollten. Die Misserfolgsgeschichte von Private-Public-Partnerships macht dafür deutlich, dass es bei der Schuldenbremse keineswegs darum geht, der Bevölkerung unnötige Kosten zu ersparen – die Privatisierung öffentlicher Güter zu Gunsten weniger hingegen ist der Schuldenbremse eingeschrieben.

Um gute Arbeitsbedingungen durchzusetzen, müssen wir die demokratische Kontrolle über das öffentliche Handeln auf neuer Stufe zurückerobern. Für demokratisch verwaltete öffentliche Unternehmen statt weiterer Privatisierung muss die Schuldenbremse nicht auf zweiwichtigen Umwegen umgangen, sondern ein für alle Mal gestrichen werden.

**hlz:** Es mangelt – auch schon vor Corona – an der privaten Investitionsbereitschaft. Dies gilt es zu kompensieren, ggf. auch über Schulden finanziert, durch eine Nachfrage staatlicherseits. Was aber, wenn, wie es für private Investoren gilt, „die Pferde nicht saufen wollen“, sprich trotz Bereitstellung der Mittel, diese von Land, Kommunen etc. gar nicht abgerufen werden? Bestes Beispiel sind doch die 5 Milliarden, die der Bund im Rahmen des sogenannten ‚Digitalpakts‘ bereit ist für die Schulen auszugeben, von denen aber

bis heute nur 242 Millionen, das sind 4,8 Prozent (!), abgerufen wurden (Stand August 2020). Ähnliche Effekte kennt man vom Straßen- oder auch Hochbau, weil gar keine Kapazitäten mehr vorhanden sind, um all das zu bewerkstelligen.

**Lena Greve:** Dauerhafte staatliche Investitionen würden Planungssicherheit schaffen und so dazu beitragen, dass mehr Mittel abgerufen werden können. Dazu braucht es auch scheinbar simple Grundlagen, die heute teils fehlen – wie beispielsweise genügend Personal im öffentlichen Dienst für die Beantragung und Verausgabung dieser Mittel. Für privatwirtschaftliche Unternehmen gilt ebenfalls, dass nur eine verlässliche (z.B. staatliche) Nachfrage dazu führt, dass dauerhaft ausreichend Personal eingestellt wird und die Arbeitsbedingungen, etwa im Straßenbau, menschenwürdig gestaltet werden können.

**hlz:** Dank Corona ist das kapitalistische System quasi einem Stresstest ausgesetzt. Wir haben doch nun das, was ihr auch mit eurer Initiative verfolgt: Ein massives, noch dazu europaweites deficit spending, von dem bislang nicht die von den Gegnern einer solchen Politik befürchteten negativen Effekte – namentlich einer massiven Geldentwertung – ausgehen. Seht ihr dies als Chance, mit den Leuten auf der Straße – via eure Initiative – ins Gespräch zu kommen?

**Florian Muhl:** Nun, ganz am Ziel sind wir noch nicht – wir fordern ja eine demokratisch bestimmte und wesentlich

weitreichender international gedachte (Kredit-)Finanzierung des Gemeinwesens. Eine Gelegenheit zum Gespräch ist die aktuelle Krise allerdings schon. Der Kontrast zwischen dem, was auf Grundlage des gesamtgesellschaftlichen Reichtums an sozialer Infrastruktur realisierbar wäre und dem völlig unzureichenden Status Quo, der nur notdürftig unter Verweis auf selbst geschaffene Sachzwänge legitimiert werden kann, ist scharf.

**hlz:** Die GEW Hamburg hat ja nun, wie anfangs erwähnt, die Unterstützung des Volksbegehrens „Schuldenbremse streichen!“ beschlossen. Wie könnte die GEW zum Erfolg beitragen?

**Lena Greve:** Dazu, das zu diskutieren – auf der Straße, im Büro, im Lehrer\_innenzimmer oder im Freundeskreis – sind natürlich alle GEW-Mitglieder aufgerufen! Gerne kommen wir auch zur Diskussion in eure Gruppen, schreibt uns dafür einfach über das Kontaktformular auf der Homepage eine Nachricht. Ebenso herzlich seid ihr zu unseren regelmäßigen offenen Aktiventreffen und dem Filmseminar gegen Austerität auf dem Uni-Campus eingeladen. Und natürlich freuen wir uns über alle, die im Sammelzeitraum des Volksbegehrens mit uns Unterschriften sammeln!

**hlz:** Als Redaktion wünschen wir euch, dass sich viele Mitglieder von diesem Interview angesprochen fühlen – vielen Dank!

Die schriftlich formulierten Fragen stellte JOACHIM GEFFERS

